



DIALOG FORUM | Schillerstraße 59 | D-10627 Berlin  
T: +49 30 26931460 | [www.forumdialog.eu](http://www.forumdialog.eu) | [Redaktion@forumdialog.eu](mailto:Redaktion@forumdialog.eu)

## Presseschau, 5. bis 11. September 2024

*In der vergangenen Woche drehte sich die polnische Politik um den Fall Pawel Rubzow, einen russischen Agenten, der im Rahmen des Gefangenenaustausches zwischen Russland und einigen westlichen Ländern an Russland zurückgegeben wurde. Bevor er Polen verließ, wurde Rubzow gestattet, die Akten zu seinem Fall einzusehen; darin befanden sich auch Geheiminformationen. Wie ein Bumerang kehrte der Fall des früheren Europaabgeordneten Ryszard Czarnecki zurück, der die Kasse des Europäischen Parlaments um 203.000 Euro für nicht stattgefundene Fahrten erleichtert haben soll. Donald Tusks Äußerung zur „wehrhaften Demokratie“ löste auf dem rechten Flügel des politischen Spektrums große Empörung aus.*

### **Russischer Agent nahm Einsicht in polnische Geheimakten**

Die *Rzeczpospolita* fand heraus, dass der russische Agent Pawel Rubzow, in Polen bekannt als Journalist Pablo Gonzalez, vor seiner Übergabe im Rahmen eines Gefangenenaustausches uneingeschränkte Einsicht in die Akten der polnischen Ermittlungsbehörden in seinem Fall erhielt, darunter in Geheimakten. Die Staatsanwaltschaft stellt fest, sie habe ihm die Einsicht in diese Akten nicht verweigern können, Nachrichtendienste und Juristen vertreten eine andere Auffassung. Rubzow hatte zwei Wochen lang Zugang zu den Akten, in Russland wurde er von Wladimir Putin persönlich begrüßt. Das Thema brachte polnische Medien und Politiker zur Weißglut.

Piotr Niemczyk, vormals stellvertretender Chef des Amtes für Staatsschutz (UOP), bemerkt, es bestehe „das Risiko, dass sich in den Akten der Ermittlungsbehörden für die russische Aufklärung wertvolle Informationen befinden.“<sup>1</sup>

<sup>1</sup><https://www.rp.pl/polityka/art41074461-szpieg-gru-wyjechal-z-polski-z-tajna-wiedza-czy-sluzby-mogly-mu-odmowic-dostepu-do-akt>

Der Sprecher der Landesstaatsanwaltschaft Przemysław Nowak setzte dem entgegen: „Dort gibt es keine Geheimnisse im Sinne der Wahrung der Sicherheit, in der Bedeutung für die Staatssicherheit wichtiger Geheimnisse. [...] Das Beweismaterial, auch das nicht offengelegte, betrifft das Verhalten von Pablo G., also den Kern dieses Verfahrens.“<sup>2</sup>

Maciej Wąsik, Europaabgeordneter der PiS-Partei, schreibt: „Der Staatsanwalt ließ den in Untersuchungshaft sitzenden russischen Agenten des GRU [Hauptverwaltung für Aufklärung, das ist der russische militärische Nachrichtendienst; A.d.Ü.] die Ermittlungsakten einsehen [...]. Es sieht so aus, als habe Rubzow die wirksamste Spionagetätigkeit für Putin im Sitz der ABW [Agentur für Innere Sicherheit, das ist der polnische Inlandsnachrichtendienst; A.d.Ü.] ausgeführt [...]“<sup>3</sup>

Marcin Rybak bemerkt in der *Gazeta Wyborcza*: „Hätte man dem der Spionage verdächtigen Pablo Gonzalez alias Pawel Rubzow nicht die Ermittlungsakten zur Einsicht überlassen können? Nein, das war nicht möglich. Allerdings wurde sein Austausch gegen Gefangene in Russland gemäß einem Verfahren durchgeführt, welches das polnische Recht nicht kennt.“<sup>4</sup>

Der Fall führte zu erneuten Spannungen zwischen dem polnischen Präsidenten und dem Ministerpräsidenten. Präsident Andrzej Duda (PiS) kommentierte: „Ich kann nur so viel sagen, dass, soweit ich mich erinnere, 2012 ein Abkommen zwischen dem Dienst für militärische Gegenspionage und dem FSB [Föderativer Sicherheitsdienst, russischer Inlandsnachrichtendienst; A.d.Ü.] abgeschlossen wurde, was die Zusammenarbeit betrifft. Das war zur Zeit der Regierung von Donald Tusk, und Herr Ministerpräsident Donald Tusk hat dazu sein Einverständnis gegeben. Sollte etwa diese Zusammenarbeit zwischen den russischen Diensten und den Diensten der Republik Polen und dem Herrn Ministerpräsidentin weiterhin fortgesetzt worden sein?“<sup>5</sup>

Donald Tusk blieb dem nichts schuldig. Seiner Auffassung nach war Dudas Äußerung „die Unterstellung oder eigentlich einfach die Behauptung, dass die polnischen Dienste und die polnische Regierung mit den russischen Nachrichtendiensten in Kriegszeiten zusammenarbeiten, [...], wenn das Vertrauen von absoluter Wichtigkeit ist, dass wir gemeinsam mit ganz Europa eine sichere Grenze gewährleisten können. [...] der Herr Präsident spricht, gibt Dummheiten von sich.“<sup>6</sup> Auch Major Anna Grabowska-Siwiec, vormals Offizierin bei der Gegenspionage der ABW, nahm zu Dudas Kommentar Stellung: „Wenn das Staatsoberhaupt die polnischen Nachrichtendienste bezichtigt, illegale Aktivitäten angesichts des Kriegs in der Ukraine zu betreiben und mit unserem größten Feind zusammenzuarbeiten, dann stelle ich mir die Frage: Wieso tut er das? Und ist ihm

---

<sup>2</sup><https://tvn24.pl/polska/rosyjski-szpieg-pawel-rubcow-wyjechal-z-kompletem-wiedzy-z-polski-jest-komentarz-prokuratury-st8072323>

<sup>3</sup><https://x.com/WasikMaciej/status/1831576100247343524>

<sup>4</sup><https://wroclaw.wyborcza.pl/wroclaw/7,35771,31280242,rosyjski-szpieg-legalnie-czytal-tajne-polskie-akta-a-zaraz.html>

<sup>5</sup><https://www.tokfm.pl/Tokfm/7,103087,31284652,pan-prezydent-wygaduje-bzdury-tusk-nie-gryzl-sie-w-jezyk.html>

<sup>6</sup><https://www.tvp.info/82170026/premier-tusk-slowa-prezydenta-nt-rzekomej-wspolpracy-z-rosyjskimi-sluzbami-szkodza-interesom-polski>

wichtig, dass wir in Polen sicherer sind?“<sup>7</sup> Im Kontext des Falles Rubzow merkte sie darüber hinaus an, ein echter Agent trage niemals zwei Pässe bei sich.

Stanisław Żaryn, Berater des polnischen Präsidenten, stellte seinerseits fest: „Rubzow war für die Russen wichtig. Sie ließen ihn nicht fallen, nachdem er aufgefliegen war, sondern setzten eine ganze Reihe von Maßnahmen zu seinen Gunsten in Bewegung. Der Fall Gonzalez/ Rubzow, ähnlich wie zuvor der des Janusz N., zeigt, dass es den Russen darauf ankommt, Polen in den Augen unserer Verbündeten abzuwerten.“<sup>8</sup>

### **Die Reisen den Europaabgeordneten Czarnecki**

Die Staatsanwaltschaft Zamość hat Anklage gegen den früheren Europaabgeordneten Ryszard Czarnecki erhoben, weil dieser in den Jahren 2009 bis 2013 für fiktive Fahrten aus dem Budget des Europäischen Parlaments 203.000 Euro veruntreut haben soll. Der Öffentlichkeit wurden nunmehr die schockierenden Details des Verfahrens mitgeteilt. Wie sich herausstellte, legte der Politiker bei seinen angeblichen Reisen so viele Kilometer zurück, dass er fünfmal die Erde umrundet hätte. Die *Gazeta Wyborcza* berichtet, der Abgeordnete habe „eine falsche Wohnanschrift angegeben, sich Registrierungsnummern von Fahrzeugen (nicht nur Pkws) ausgedacht, mit diesen fiktive Fahrten ausgewiesen und Städte angegeben, in die ihn seine vermeintlichen Reisen führten.“<sup>9</sup> In Czarneckis Meldungen fanden sich 19 verschiedene Fahrzeuge (unter anderem eine Zugmaschine, ein Moped, ein Fiat Punto Cabrio und ein 2015 hergestellter Toyota Auris, den der Politiker angeblich bereits 2010 fuhr). In Wirklichkeit benutzte der Politiker sporadisch nur ein Fahrzeug, und dabei handelte es sich um den Wagen seiner Tochter.

Nach Meinung von Grzegorz Makowski, Rechtsprofessor an der Warsaw School of Economics (SGH): „Die Verteidigungsstrategie, die der PiS-Politiker wählte, ist unklug, naiv und unehrenhaft. [...] Es ist paradox, denn obwohl er das Geld zurückgegeben hat, bekannte er sich schuldig, er hat übrigens zugegeben, keine Kontrolle gehabt zu haben, was in seinem Büro vor sich ging.“<sup>10</sup>

Um einen Kommentar gebeten, sagte der PiS-Vorsitzende Jarosław Kaczyński: „Vorerst sind noch keine Urteile gefällt worden, aber es gibt ein Problem, und das ist zu lösen. Sobald entsprechende Urteile fallen, werden wir daraus die entsprechenden Schlüsse ziehen müssen.“<sup>11</sup>

Auch der frühere Bildungsminister Przemysław Czarnek nahm den Parteikollegen nicht in Schutz: „Sollte das wahr sein, ist es ein Skandal. [...] Ich würde nie die Schuld auf meine Mitarbeiter abwälzen, ich stehe dafür, die Verantwortung zu übernehmen.“<sup>12</sup>

Czarnecki gab eine Erklärung in eigener Sache ab: „Zum wiederholten Male betone ich, wie ich es

---

<sup>7</sup><https://www.tokfm.pl/Tokfm/7,103085,31285761,czy-rubcow-naprawde-by-l-szpiegiem-zaskakujace-slowa-by-lej-oficer.html>

<sup>8</sup><https://wpolityce.pl/polityka/702355-zaryn-rubcow-by-l-wazny-dla-rosjan-nie-opuscili-go>

<sup>9</sup><https://wyborcza.pl/7,75398,31286496,motorowerem-przez-europe-szokujace-szczegoly-243-przestepstw.html>

<sup>10</sup><https://www.tokfm.pl/Tokfm/7,103087,31290255,podroze-czarneckiego-pis-opowiada-banialuki.html>

<sup>11</sup><https://www.pap.pl/aktualnosci/ryszard-czarnecki-i-jego-kilometrowki-prezes-pis-zabral-glos>

<sup>12</sup><https://www.rp.pl/polityka/art41102171-kilometrowki-ryszarda-czarneckiego-przemyslaw-czarnek-jesli-to-prawda-to-jest-to-skandal-nie-szanuje>

in den vergangenen Jahren getan habe, dass ich die Anträge zur Reisespesenabrechnung nicht ausgefüllt habe, von denen die Staatsanwaltschaft spricht, und im Anschluss an diese die Medien. Und ich habe die Angaben nicht gemacht, von denen die Rede ist. Es ist böswillig, das zu übersehen. Im Verlauf des Gerichtsverfahrens werde ich meine Unschuld beweisen.“<sup>13</sup>

Aus Nachforschungen von *Onet.pl* geht interessanterweise hervor, die Bezirksstaatsanwaltschaft Zamość habe „einen Sachverhalt untersucht, auf den Ryszard Czarnecki hinwies. Wie sich herausstellt, gaben gerade die Aussagen seiner Mitarbeiter und die zusammengetragenen Beweise den Ausschlag.“<sup>14</sup>

### **Tusk und seine wehrhafte Demokratie**

Ministerpräsident Donald Tusk kündigte bei einer Pressekonferenz an: „Wenn wir die verfassungsmäßige Ordnung und die Grundlagen der liberalen Demokratie wieder herstellen wollen, müssen wir in Kategorien der wehrhaften Demokratie handeln. Das bedeutet, dass wir wahrscheinlich manchmal Fehler begehen oder Maßnahmen treffen werden, die nach einigen Rechtsexperten möglicherweise nicht ganz und gar mit dem Buchstaben des Gesetzes übereinstimmen. Aber nichts befreit uns von der Pflicht zu handeln.“<sup>15</sup>

Diese Äußerung versetzte viele Politiker vor allem aus dem rechten Spektrum in helle Aufregung. Jarosław Kaczyński kommentierte: „Schwer zu sagen, ob man nur lachen oder weinen soll, denn einerseits erinnert das an Stalinismus in denjenigen seinen Bestandteilen, die einerseits schrecklich furchteinflößend waren, aber andererseits auch auf ihre Art unterhaltsam. Welch merkwürdig Ding, dass letztlich ein gelernter Historiker das nicht weiß und dergleichen Dinge tut. Aber einige stellen in diesem Moment, sagen wir mal, seinen psychischen Zustand in Frage.“<sup>16</sup>

Jacek Sasin (PiS) fasste zusammen: „Wehrhafte Demokratie‘? Ich gehöre zu einer Generation, die noch die ‚Volksdemokratie‘ volkspolnischer Spielart in Erinnerung hat. Solche Adjektive bei dem Wort Demokratie lösen in Polen ganz schlechte Assoziationen aus.“<sup>17</sup>

Dem pflichtete der frühere Justizminister Marcin Warchoł (Souveränes Polen) bei: „Ministerpräsident Donald Tusk verkündete soeben offiziell die Errichtung seines Regimes! Er wird das Recht brechen, was er sogar als ‚Handeln in den Kategorien der wehrhaften Demokratie‘ bezeichnete. Wo ist die Europäische Kommission, die Venedig-Kommission, wo sind die Verteidiger von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie?!“<sup>18</sup>

Zur Verteidigung Tusks äußerte sich der jetzige Justizminister Adam Bodnar: „Wie ich den Herrn

---

<sup>13</sup><https://dorzeczy.pl/opinie/631626/czarnecki-wydal-oswiadczenie-proby-grania-aktami-sprawy.html>

<sup>14</sup><https://wiadomosci.onet.pl/lublin/ryszard-czarnecki-oskarza-o-blad-swoich-asystentow-mamy-stanowisko-prokuratury/5yk1kbg>

<sup>15</sup><https://wiadomosci.gazeta.pl/wiadomosci/7,114884,31293881,slova-donalda-tuska-rozjuszyly-prawice-po-stalo-sie-pis-em.html>

<sup>16</sup><https://www.wprost.pl/polityka/11807233/tusk-o-demokracji-walczacej-kaczynski-ostro-komentuje.html>

<sup>17</sup><https://x.com/SasinJacek/status/1833584740437487820>

<sup>18</sup><https://wpolityce.pl/polityka/705655-oglosil-powstanie-rezimu-politycy-pis-po-slowach-tuska>

Ministerpräsidenten verstehe, befinden wir uns in einem besonderen Augenblick, in dem zum Schutz der demokratischen Ordnung und um eine funktionierende Verfassungsordnung wieder herzustellen, verschiedene verfügbare Rechtsinstrumente zu nutzen sind, aber so, dass diese wirksam sind und sichergestellt ist, dass das Notwendige tatsächlich getan wird.“<sup>19</sup>

*Bearbeitung: Anna Wróblowska*

*Aus dem Polnischen von Andreas R. Hofmann*

---

<sup>19</sup><https://wpolityce.pl/polityka/705672-demokracja-walczaca-bodnar-probuje-tlumaczyc-slowa-tuska>